

JÜDISCHE ALLGEMEINE

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK, KULTUR, RELIGION UND JÜDISCHES LEBEN



LESEN!
 Buchmesse Leipzig 2009:
 Unser Literaturspezial mit
 Neuerscheinungen aus
 der jüdischen Welt



BERLIN, DEN 12. MÄRZ 2009 | 16. ADAR 5769 | CH 4,00 SFR | A 2,50 EURO | BENELUX 2,50 EURO | F 2,50 EURO | D 2,20 EURO | 64. JAHRGANG | NR. 11 | A 1107

! EINSPRUCH !

Christian Böhme warnt
 vor einer Konferenz
 gegen Rassismus

Israels Feinde reiben sich die Hände. In gut einem Monat bekommen sie eine Bühne, die größer und prominenter kaum sein könnte. In Genf veranstalten die Vereinten Nationen eine große Antirassismus-Konferenz. Schon jetzt darf als sicher gelten: Vor allem arabische und islamische Staaten werden die fünf Tage im April dazu nutzen, den jüdischen Staat anzugreifen, ihn pauschal als „rassistisch“ zu verunglimpfen und die Situation der Palästinenser in den besetzten Gebieten auf infame Weise mit der Schoa gleichzusetzen. Wie die Vorgängerveranstaltung im südafrikanischen Durban 2001 wird es auch in Genf vorwiegend darum gehen, Israelfeindschaft und Judenhass freien Lauf zu lassen – und das alles unter dem Deckmantel der UNO.

Zum Glück aber gibt es Regierungen, die bei klarem Verstand sind. Israel, Kanada, Italien und die USA haben angekündigt, die „Weltkonferenz gegen Rassismus“ zu boykottieren (vgl. S. 2). Sie wollen nicht dabei sein, wenn ein Land (zumal ein Freund und Verbündeter) an den Pranger gestellt wird. Bei einer derartigen Propaganda-Show hat kein ernstzunehmendes Mitglied der Staatengemeinschaft etwas zu suchen. Mit solchen Leuten und deren Gesinnung macht man sich nicht gemein.

Das sieht die Bundesrepublik bisher anders. Das Auswärtige Amt hält trotz vieler Bedenken an einer Teilnahme fest. Deutschland wolle keine Möglichkeit ungenutzt lassen, den in Durban in Gang gesetzten Prozess „substanziell mit zu gestalten“. Na dann, viel Glück! Iran, Syrien, Libyen und andere Vorreiter in Sachen Menschenrechte freuen sich sicherlich auf den deutschen Gesprächspartner.

Nein, es wird für die Bundesregierung höchste Zeit, sich von der Veranstaltung zu verabschieden. Alles andere wäre ein politisches Desaster. Beschwören Politiker hierzulande nicht immer wieder die Solidarität mit Israel? Eben! Also müssen den Sonntagreden Taten folgen. Nebenbei: Die Antirassismus-Konferenz beginnt am 20. April – Hitlers Geburtstag. Hat sich wohl keiner was dabei gedacht.

Bonus für alle

Marode Banken und scheiternde Unternehmen erhalten
 Staatshilfen in Milliardenhöhe – ist das gerecht?



Nichts geht mehr: Die Rettung des Autoherstellers Opel hängt von Milliardensubventionen ab.

VON SERGEY LAGODINSKY

Schluss, aus, Feierabend! Die Weltwirtschaft schaltet das Licht aus und feiert Schabbat. Wir alle dürfen uns auf eine längere und schmerzhaftere Ruhepause einstellen. Vorbei sind die Zeiten, in denen man alles schneller, besser und größer machen musste. Endlich langsam treten und über wichtige Sachen reflektieren. Nicht nur darüber, was für Akten man gerade kaufen sollte! Verschrotte deinen alten Flitzer und kauf dir mit der Abwrackprämie ein sparsames Miniauto! Das Selbstbewusstsein der Erfolgsverwöhnten hat abgewirtschaftet. Plötzlich lernt man die hektischen Freunde in New York von einer ganz anderen Seite kennen. Die Jungüberflieger der Wall Street widmen sich ihren vergessenen Hobbys und den vernachlässigten Freundschaften. Sie haben jetzt Zeit. Viel Zeit.

Man hat sich beim Gewinnmaximieren und Spekulieren mit Aktien überhoben. Im Gegensatz zum Allmächtigen, der in sechs Tagen eine wundervolle Welt erschuf, haben wir uns bei der Schaffung des freien Marktuniversums nicht mit Ruhm beleckert. Man braucht nur den jüngsten Armutsbericht für Deutschland zu lesen, die Umfragen zur Demokratieverdrossenheit anzuschauen oder den düsteren Klimaprognosen zu lauschen – schon versteht man, wie weit unsere Realität von den Glanzleistungen der Börsen und den Glamourfotos bunter Lifestyle-Magazine entfernt war. Wir rasen in keine wohlverdiente, dafür aber in eine bitter nötige, von der Krise erzwungene Pause hinein. Denn wie beim Schabbat hat man nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, zu sich zu

kommen, sich zu erneuern. Auch wenn es in diesem Fall schmerzt.

Aber Ruhe bedeutet nicht Stillstand. Wir müssen diese Wachstumspause nutzen, um darüber nachzudenken, wie man die drei Güter, die im Judentum eine grundlegende Bedeutung haben – Liebe, Recht und Gerechtigkeit – zu Maximen des gesellschaftlichen Handelns erhebt. Denn wer diesen Werten im Alltag folgt und gläubig ist, der kommt mit G't in Berührung. Und alle anderen mit ihrem Gewissen.

* * *

Ruhe bedeutet nicht
 Stillstand. Wir müssen die
 Wachstumspause nutzen.

* * *

Doch was bedeutet Gerechtigkeit in Zeiten einer Krise dieses Ausmaßes? Ist es gerecht, dass die Reichen reicher werden oder ihren Reichtum zumindest erhalten? Schon geht ein Aufschrei derjenigen durchs Land, die in staatlichen Finanzspritzen für marode Großbanken und scheiternde Unternehmen eine ungerechte Wiederbereicherung erkennen.

Doch Gerechtigkeit lebt von Weitsicht. Es mag einem bitter aufstoßen, wenn unvorstellbare Summen in Geldinstitute gepumpt werden. Aber wer einen Total-Kollaps der Wirtschaft verhindern will, muss derzeit mit Gerechtigkeitsdefiziten leben. Dass mit den riesigen Finanztransfers zu großer grundsätzliche Systemkorrekturen einhergehen müssen, steht außer Frage. Gerade deshalb muss der Staat seine Inter-

ventionen an Bedingungen knüpfen und notfalls, wenn auch nur vereinzelt, das Steuer an sich reißen. Alle, die dabei panisch einen „Staatssozialismus“ halluzinieren, wissen nicht, wie der reale Sozialismus wirklich aussah und vergessen, dass eine Enteignungsoption seit eh und je Teil des Grundgesetzes ist.

Doch blinder Glaube an den Staat darf nicht die Überhand gewinnen: Gerechtigkeit lebt auch von Weisheit. Wer daniederliegende Konzerne mit staatlichen Krediten retten will, muss sich die Frage gefallen lassen, ob die künstliche Lebenserhaltung dieser Unternehmen nicht ihre Überflüssigkeit konserviert und so zu einer langfristigen Hypothek für die ganze Gesellschaft wird. Opel zum Beispiel gehört keinesfalls zu den Glanzstücken der deutschen Wirtschaft. Man muss also nach kreativen Lösungen suchen, die eine Erneuerung des Gesamtsystems ermöglichen. Vor allem sollte man sich davor hüten zu glauben, dass der ehemalige Exportweltmeister Deutschland die eigene Rettung im nationalstaatlichen Kämmerlein meistern könnte.

Manchmal bedeutet Gerechtigkeit nur das Bemühen, gemeinsam Schlimmeres zu verhindern. Wir müssen uns in Krisenzeiten eine neue Bescheidenheit aneignen. So kann ein langfristiger Wandel der weltweiten Wirtschaftsordnung eingeleitet werden, der transparent, nachhaltig und gerecht ist. Erst dann dürfen wir uns beim nächsten Schabbat mit gutem Gewissen nach getaner Arbeit richtig entspannen.

Der Autor ist Publizist und Mitbegründer des Arbeitskreises jüdischer Sozialdemokraten.

INTERVIEW

„Kein Platz für solche Positionen“

Dietmar Bartsch über die
 Linkspartei und Antisemitismus

Herr Bartsch, wann bekommt die Linkspartei ihr Antisemitismusproblem in den Griff?

BARTSCH: Die Linke hat kein Antisemitismusproblem. Solche Positionen haben in unserer Partei keinen Platz. Äußerungen, die antisemitisch sind oder wirken, sind für uns gänzlich inakzeptabel, und wir werden sie auch künftig immer zurückweisen.

Schon August Bebel sprach vom linken Antisemitismus als dem „Antikapitalismus der dummen Kerls“.

BARTSCH: Es zeugt in der Tat nicht von Klugheit, die Kritik am Kapitalismus als eine Kritik am Charakter oder Verhalten von Menschen, Völkern oder Religionsgemeinschaften zu führen. Diese Verwechslung nannte Bebel „dumm“. Es gibt keinen linken oder rechten Antisemitismus. Antisemitismus ist Antisemitismus, egal aus welchem politischen Lager er kommt. Ein Problem heute ist, die Kritik an der israelischen Regierungspolitik so zu formulieren, dass sie weder Antisemitismus Vorwurf leistet, noch des Antisemitismus verdächtigt werden kann.

Zuletzt hat der Linke-Kandidat für das Duisburger Oberbürgermeisteramt, Hermann Dierkes, zum Boykott israelischer Waren aufgerufen. Warum war von den Parteivorsitzenden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine kein Widerwort zu hören?

BARTSCH: In diesem Punkt gibt es keinerlei Differenzen in der Parteiführung. In einer Erklärung der Bundesebene wurde klar gestellt: Mit Boykottaufrufen ist eine Lösung im Nahost-Konflikt nicht zu erreichen.

In der Partei gab es aber auch Sympathie für Dierkes.

BARTSCH: Aus der Geschichte kann man sich nicht davon stehlen. Wer als politisch handelnder Deutscher zum Boykott Israels aufruft, muss wissen, in welche Tradition er sich damit begeben, mit welchen Assoziationen des kollektiven Gedächtnisses er spielt. Daraus gibt es kein Entkommen. Fehlendes Geschichtsbewusstsein führt auch zur politischen Disqualifikation.

Jüngst hat der Linke-Abgeordnete Norman Paech bemängelt, dass von der Gemberkonferenz in Kairo kein Geld an die Hamas fließen soll.

BARTSCH: Was die Hamas angeht, so gibt es inzwischen auch in den USA die Tendenz, mit den Islamisten zu reden. Ohne Wenn und Aber: Es ist immer besser zu verhandeln als zu schießen.

Mit dem Bundesgeschäftsführer der Partei Die Linke sprach Martin Krauß.



Dietmar Bartsch

INHALT

JÜDISCHE WELT 7
 Gegenhalten
 Wie Juden in fünf europäischen Ländern auf wachsenden Antisemitismus reagieren

WISSEN 13
 Unter Trümmern
 Im eingestürzten Kölner Stadtarchiv lagerten auch jüdische Dokumente

GOTTESDIENSTE 14,15
 Schabbat
 Warum Mosche die Gesetzestafeln zerschlug

GEMEINDEN 19
 Pailletten, Plüsch und Puder
 Von Dresden bis Hamburg: Gemeinden in Deutschland feiern Purim

